

Newsletter

22.09.2016 Ausgabe 4/16

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Ratssitzung am 19.09.2016.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung an fraktion@gruene-wuppertal.de

Die gesamte Ratssitzung können Sie im [Internet](#) ansehen.

Anja Liebert

Anja Liebert

Marc Schulz

Marc Schulz
Fraktionsvorsitzende



[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)



Hier sind unsere aktuellen Themen:

- [GRÜNES zum Geburtstag](#)
- [Potenziale der migrantischen Wirtschaft stärker nutzen](#)
- [Lärm- und Luftschadstoffbelastungen an Landes- und Bundesstraßen](#)
- [Geheimgespräche zum Thema Bürgerbüros?](#)
- [Transparenzsatzung](#)
- [Menschenrechte und Klimaschutz auch bei Kapitalanlagen und Finanzen](#)
- [Tariftreue- und Vergabegesetz NRW hat sich bewährt](#)
- [Veränderungssperre Müngstener Straße soll Forensik verhindern](#)
- [Einzelhandels- und Zentrenkonzept Elberfeld](#)
- [Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern](#)

GRÜNES zum Geburtstag

Einen Tag vor der Ratssitzung feierte OB Andreas Mucke seinen fünfzigsten Geburtstag. Für die GRÜNE Fraktion ein schöner Anlass, die „GRÜNE Ader“ des roten OB zu stärken. Deshalb überreichte unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert ihm vor der Ratssitzung einen Korb mit vitaminhaltigem grünem Gemüse, Fruchtgummifröschen und Wein. Mal sehen, ob die Farbe Wirkung zeigt.



Potenziale der migrantischen Wirtschaft stärker nutzen

Die GRÜNE Ratsfraktion möchte die wirtschaftlichen Stärken von Migrant*innen als Unternehmer*innen hervorheben, denn sie tragen zur Verbesserung der Attraktivität des Standorts Wuppertal bei. Deshalb stellten wir eine [Anfrage](#) zur Ratssitzung, in der die Verwaltung z.B. um Auskunft gebeten wird, wie viele Migrant*innen sich in Wuppertal selbständig gemacht haben und wie die Stadt konkret gründungswillige Migrantinnen und Migranten unterstützt. In der [Antwort](#) erläutert die Verwaltung, dass es keine spezifische Unterstützung für migrantische Unternehmer*innen durch die Wirtschaftsförderung gibt. Allerdings bietet das Ressort Zuwanderung und Integration einen „Firmenservice“ in der Ausländerbehörde an. Die IHK erarbeitet gerade eine mehrsprachige Broschüre für Gründer*innen und die Handwerkskammer hat ein mehrsprachiges Team, das bei Gründungen unterstützt.

Lärm- und Luftschadstoffbelastungen an Landes- und Bundesstraßen

Durch eine [Anfrage](#) möchte die GRÜNE Fraktion Informationen zu Lärm- und Luftschadstoffbelastungen insbesondere an der A 46 in Höhe des Westrings und nach Ausbau der L 419 erhalten. Mit den Ausbaumaßnahmen, die in den nächsten Jahren geplant sind, gehen stärkere Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger einher. Wir möchten u.a. wissen, wie die Verwaltung mit den wachsenden Belastungen umgehen wird, denn sie hat eine Fürsorgepflicht und muss die Ziele der Luftreinhaltung und der Lärmaktionsplanung einhalten. Leider lag zur Ratssitzung noch keine Antwort vor. Sobald wir sie erhalten, können Sie sie auf unserer [Homepage](#) abrufen.

Geheimgespräche zum Thema Bürgerbüros?

So titelte die Cronenberger Woche am 02. September. In dem Artikel wurde über die Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg am 31. August berichtet, in der Herr Paschalis (SPD, Dezernent für Bürgerbeteiligung) von Gesprächen mit ausgewählten Bezirksbürgermeistern zum Thema Ausweitung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros berichtet habe. Damit seien um ein Drittel höhere Kosten für die Dezentralisierung verbunden. Daraufhin stellte die GRÜNE Fraktion eine [Ratsanfrage](#), in der wir uns nach den genauen Kalkulationen und den Hintergründen, den Teilnehmer*innen und Ergebnissen der Gespräche erkundigen. [Hier](#) können Sie die Antwort der Verwaltung lesen, die ein wenig Licht in den Arbeitskreis bringt.

Transparenzsatzung



Damit die Wuppertaler Bürger*innen zukünftig einfacher Informationen von der Verwaltung erhalten, [beantragte](#) die GRÜNE Fraktion die Einführung einer Transparenzsatzung. Bislang muss die Einsichtnahme in Akten meist erst beantragt werden, oft fallen für diese Vorgänge auch Gebühren an. All dies sollte zukünftig nicht mehr notwendig sein, wenn die Verwaltung alle wichtigen Informationen von sich aus im Internet bereitstellt.

Unterstützung für solch ein Vorgehen hatten wir vom Bund der Steuerzahler NRW, Mehr Demokratie, Naturschutzbund (NABU) und der Antikorruptionsorganisation Transparency Deutschland, die eine [freiwillige Selbstverpflichtung](#) erarbeitet haben, die sich die Stadt zu Eigen machen sollte. Unser Antrag wurde von Oliver Graf in seiner [Rede](#) vorgestellt. Leider erhielt er keine Mehrheit, denn SPD, CDU und FDP stimmten dagegen.

Menschenrechte und Klimaschutz auch bei Kapitalanlagen und Finanzen

Die GRÜNE Fraktion möchte, dass die Stadt ihre Investitionen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet. Deshalb stellten wir den [Antrag](#), Investitionen in Anteile von Unternehmen, die Kohle und Öl oder Atomenergie fördern oder Kinderarbeit zulassen, auszuschließen. Unser Stadtverordneter Klaus Lüdemann erläuterte in seiner [Rede](#), dass stattdessen auf klimafreundliche und sozialverträgliche Anlagemöglichkeiten gesetzt werden soll. Entsprechende Richtlinien sollen auch für städtische Beteiligungen und Konzerntöchter gelten. Leider lehnten SPD, CDU und FDP den Antrag ab.



Tariftreue- und Vergabegesetz NRW hat sich bewährt



Der FDP ist das von der rot-grünen Landesregierung beschlossene Tariftreue- und Vergabegesetz ein Dorn im Auge, denn per [Resolution](#) wollte sie, dass der Stadtrat es ablehnt und zu Fall bringt. Der Rat sprach sich gegen etwas aus, und zwar gegen dieses Vorhaben. Das Gesetz hat sich in der Praxis bewährt und wird gerade aktualisiert. Unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz untermauerte in seiner [Rede](#) die wesentlichen Fakten des Erfolges. Bis auf die FDP waren sich die Stadtverordneten einig und lehnten die Resolution ab.

Veränderungssperre Müngstener Straße soll Forensik verhindern

Gegen die Stimmen der GRÜNEN wurde jetzt eine [Veränderungssperre](#) für den Bebauungsplan 1237 – nördlich Müngstener Straße – im Rat beschlossen. Unsere Stadtverordnete Ilona Schäfer erläuterte in ihrer [Rede](#) die Zusammenhänge. SPD und CDU wollen so das Gelände der Bereitschaftspolizei für eine spätere Wohnbebauung festlegen. Das Gelände gehört dem Land NRW, das dort eine Forensik errichten wollte. Durch Ratsbeschluss im Dezember 2015 hatten jedoch SPD und CDU durch Aufstellen eines Bebauungsplanes auf der Kleinen Höhe den Weg frei gemacht. Dadurch würde die Müngstener Straße auf Platz 2 der Priorität der infrage kommenden Standorte rutschen. Die GRÜNE Fraktion engagiert sich seit Jahren gegen eine Bebauung der Kleinen Höhe und hat sich von Anfang an für den Forensik-Standort Müngstener Straße ausgesprochen.



Einzelhandels- und Zentrenkonzept Elberfeld

Die Verwaltung legte eine [Drucksache](#) zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes in Elberfeld vor. Vor dem Hintergrund des geplanten FOC am Döppersberg stellte die GRÜNE Fraktion den [Ergänzungsantrag](#), dass der Großteil der damit zusammenhängenden Maßnahmen vor der Eröffnung des FOC realisiert werden sollen. Unser Stadtverordneter Klaus Lüdemann erläuterte in seiner [Rede](#) die Argumente dafür und berichtete, dass die BV Elberfeld unseren Antrag beschlossen hat, alle weiteren Gremien leider nicht. Dass die Vorlage Barmen nur in der Begründung nennt ist bedauerlich, denn das FOC wird auch hier Auswirkungen auf den Einzelhandel haben. Deshalb hat die BV beschlossen, dass auch hier kurzfristig ein entsprechendes Konzept erstellt werden soll.

Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern



Schön, wenn Wuppertal vorbildlich ist. Der zweite [Aktionsplan](#) für die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde im Rat beschlossen. Damit ist Wuppertal vielen anderen Städten in der Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung weit voraus. Unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Regina Orth erläuterte in ihrer [Rede](#), dass nicht alle Projekte, die im ersten Aktionsplan aufgelegt waren, von den Ressorts umgesetzt wurden. Die unerledigten Themen sind jedoch in den aktuellen Plan integriert, so dass z.B. auch die Wirtschaftsförderung eine zweite Chance erhält, positive Beispiele zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungs- und Entscheidungspositionen zu erstellen, die dringend erwünscht sind, damit die wenigen

Frauen an der Spitze bald mehr weibliche Gesellschaft bekommen. Wir gaben der Vorlage im Rat gerne unsere Zustimmung.